

in Kooperation mit der *Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der ÖAW.*

erschienen in:  
 Le Rider, Jacques/Csáky, Moritz/Sommer, Monika (Hg.): *Transnationale Gedächtnisorte in Zentraleuropa. Innsbruck: Studienverlag 2002 (Gedächtnis – Erinnerung – Identität 1), pp.67-77.*

1 Cf. Communications. L'Est: les mythes et les restes der 55 (1991); Speitkamp, Wilfried: *Denkmalsturz. Göttingen: Vandhoeck & Ruprecht 1997.*

2 Mach, Zdzislaw: *Symbols, Conflict and Identity.* New York: State Univ. of New York Press 1993, p. 105.

3 Cf. Beyme, Klaus v.: Die politische Kultur Osteuropas im Wandel. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus v.: *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland.* Opladen: Leske + Budrich 1996, pp.184-210.

4 Reinprecht, Christoph: *Nostalgie und Amnesie. Bewertungen der Vergangenheit in der Tschechischen Republik und in Ungarn.* Wien: Döcker 1996, p. 41.

5 Beyme, Klaus v.: *Politische Ikonologie der Architektur.* In: Hipp, Hermann/Seidl, Ernst: *Architektur als politische Kultur.* Berlin: Reimer 1996, p. 19.

Die Zerstörung bzw. Musealisierung der Symbole des Einparteienstaats um das Jahr 1989, deren (mediale) Bilder das Gedächtnis des Endes der Nachkriegszeit in Europa prägen, hat Leerstellen bzw. (Be)Deutungsräume zurückgelassen, die neu zu besetzen bzw. zu bezeichnen waren und sind.<sup>1</sup> Der mit dem politischen Systemwechsel jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs verbundene Symbolwandel stand dabei nicht im selben Maß im Zentrum des internationalen Medieninteresses wie die vorausgegangenen, mitunter spektakulären Denkmalstürze, die in der Transformation der Grenzsperrern selbst (Berliner Mauer, Stacheldraht) in Museums- und Erinnerungsstücke kulminierten: Für eine – von der westlichen Perspektive geprägte – internationale Öffentlichkeit stand und steht seither der institutionelle und ökonomische Systemwandel im Vordergrund des Interesses einer, die Integration dieser Staaten in die (west-)europäischen und transatlantischen Staatenbündnisse begleitenden »teilnehmenden Beobachtung«.

Erst mit dem zunehmenden Auftreten nationalistischer Tendenzen in der Öffentlichkeit und den Parteiensystemen der sog. Neuen Demokratien – und der, damit verbundenen problematischen Situation ethnischer Minderheiten, v.a. von Roma und Sinti – findet die Konstruktion oder Rekonstruktion nationaler Identitätsentwürfe nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums in Ostmittel- und Osteuropa auch einige internationale öffentliche und politische Aufmerksamkeit.

Im Gegensatz dazu stand diese Problematik der Redefinition ihres Selbstverständnisses in den einzelnen Staaten vom Beginn des politischen Systemwechsels an immer wieder im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen: An die Festlegung der Staatssymbole und staatlichen Feiertage, die Gestaltung des öffentlichen Raumes – durch die Umbenennung von Strassen und Plätzen, Entfernung, Ersatz oder Neugestaltung von Denkmälern und Gedenkstätten – schlossen und schliessen Diskussionen um jene historischen Kontexte an, die für die neue Staatsform als identitätsstiftend angesehen werden. In diesen Festlegungen eines »Symbolinventars« der Neuen Demokratien – zur Repräsentation des neuen politischen Systems ebenso wie eines damit verbundenen Entwurfs nationaler Identität – finden deren Imagekonstruktionen ihren sichtbaren Ausdruck:

To create the image of a national, political identity, state elites employ the language of symbols. Symbolic forms, especially rituals, through their capacity for creating images, express, develop, and transmit nationalistic feelings and, if they are organized in the name of the state, link nationalism with the existing political organisation.<sup>2</sup>

Für die aus dem Systemwechsel hervorgegangene, neue politische Ordnung erscheint deshalb eine erfolgreiche Verknüpfung mit nationalen Identitätsentwürfen von nicht unerheblicher Bedeutung, zumal sie auch zur Etablierung jener Vertrauensbasis gegenüber den neuen bzw. erneuerten staatlichen Institutionen beitragen sollen, die als ein zentrales Kriterium stabiler Demokratien gilt und als Grundlage für die Teilnahme an demokratischen Prozessen angesehen wird:<sup>3</sup>

Die Politik der Symbole erfüllt im Postkommunismus eine dreifache Funktion: Sie signalisiert eine klare Abgrenzung zum alten Regime und legitimiert damit das neue; sie appelliert über einen Rekurs auf das historische Erbe, meist auf »goldene Perioden« nationaler Selbständigkeit an das kollektive Bewußtsein; und sie richtet dieses Bewußtsein auf den Erwartungshorizont des Kommenden.<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang fungiert die öffentliche, symbolische Repräsentation des Staates – die, etwa mittels Strassennamen, Denkmälern oder öffentlichen Bauten auch immer wieder einen Bezug zu alltäglichen, in der Lebenswelt sicht- und erlebbaren Deutungszusammenhängen von Gedächtnisorten herstellt – als eine Bestätigung von dessen Legitimität durch eben diese Präsenz im öffentlichen Raum: Je nach Kontext wird damit ein »survival« und/oder »revival« des Staates dargestellt,<sup>5</sup> das gerade in Perioden, die als politische Veränderung wahrgenommen werden, die Funktion der Selbstvergewisserung der Beständigkeit verbindender Traditionen übernehmen soll. Die konkurrierenden Deutungen dieser Traditionen, die im Prozess des Symbolwandels – in den erwähnten Auseinandersetzungen um die Festlegung neuer

6 Die Bezeichnung des Systemwechsels in Ungarn mit den Jahreszahlen 1989/90 – statt der ansonsten üblichen 1989 – reflektiert eine der politischen Auseinandersetzungen um die Tradition und den Beginn der »jungen« 3. Republik: 1989 bezeichnet in Ungarn die Schaffung der Voraussetzungen für den Systemwechsel im Einparteiensstaat und wird deshalb von den (als Nachfolgepartei aus dem Reformflügel der Staatspartei hervorgegangenen) Sozialdemokraten als Beginn des Systemwechsels angegeben, während die Konservativen und v.a. auch die 1998-2002 regierende Fidesz-Koalition

7 Cf. Kurtán, Sándor/Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas: Ungarn. München: Beck 1999, p. 132

8 Kapitány, Ágnes/Kapitány, Gábor: Systemwechsel und Symbolwechsel in Ungarn (1989-1996). In: Pribersky, Andreas/Unfried, Berthold: Symbole und Rituale des Politischen. Frankfurt/M.: Lang 1999, p. 162.

Symbole und Rituale – angesprochen werden, eröffnen darüber hinaus auch eine Perspektive auf die Politischen Kulturen der jeweiligen Staaten.

Unter den nach 1989 erneuerten bzw. rekonstruierten Gedächtnisorten und Symbolen finden sich auch eine Reihe, die versuchen, diese nationale Identitätsstiftung in einen größeren, europäischen Zusammenhang zu stellen bzw. – als den oben zitierten »Erwartungshorizont des Kommenden« – die Verbindung nationaler mit europäischer Geschichte sichtbar zu machen: Eine Verbindung, deren Repräsentation für die Neuen Demokratien im Rahmen ihrer »Verwestlichung« der Legitimation und Unterstützung dieser politischen Orientierung nach innen wie nach außen dienen soll. Die darin zum Ausdruck kommenden Neuformulierungen des europäischen Kontextes der nationalen Geschichten – als historische Kontextualisierung des politischen Orientierungswandels auf die Betonung ihrer (west-)europäischen Zugehörigkeit hin – scheinen, als Perspektivenwahl auf das jeweils als europäisch angesehene gelesen, für eine Decodierung der Interpretationen der laufenden (west)europäischen Integrationsprozesse deshalb von besonderem Interesse.

Dieser Prozess der (Re)Konstruktion nationaler und zugleich europäischer Symbole soll im Folgenden an einem Beispiel des politischen Symbolwandels in Ungarn seit 1989/90 nachvollzogen werden.

Bereits mit der Verfassungsänderung des Jahres 1989 – die den gesetzlichen Rahmen für die Einrichtung demokratischer Institutionen und die Durchführung der freien Wahlen 1990 schuf<sup>6</sup> – begann eine Diskussion um das neue Wappen für die 3. Republik. Ungarn hatte – im Unterschied etwa zur traditionellen staatlichen Heraldik des sozialistischen Albanien oder Polen – mit der sozialistischen Verfassung des Jahres 1948 auch ein neues Wappen im Stil der Sowjetrepubliken erhalten; dieses »stalinistische« Wappen war zwar 1957 – nach der Niederschlagung der 1956er Revolution – unter Kádár durch ein Staatselement ersetzt worden, in dem die nationale Symbolik deutlicher hervorgehoben wurde, auch dieses bis 1990 geltende Wappen entsprach jedoch keinen nationalen heraldischen Traditionen.

Zwei Varianten des historischen ungarischen Wappens standen – neben der Beibehaltung des Wappens der Kádár-Ära – als Symbol der neuen Republik zur Diskussion: Die seit Ende des 16. Jahrhunderts gebräuchliche, bestehend aus dem Doppelkreuz auf einem dreifachen Hügel und einem rot und silber gestreiften Feld, mit der darauf gesetzten Stephanskrone und das, aufgrund der Verwendung als Symbol der Unabhängigkeit Ungarns infolge der Revolution des Jahres 1848 sogenannte *Kossuth-Wappen* ohne Krone. In einer offenen Abstimmung des frei gewählten Parlaments 1990 entschied sich eine Mehrheit von etwa 80% der Abgeordneten für die Variante mit der Krone, die seither wieder als offizielles Symbol des ungarischen Staates verwendet wird. In der vorangegangenen Diskussion war das *Kossuth-Wappen* v.a. vom links-liberalen *Bund Freier Demokraten* (SzDSz) mit dem Argument der Betonung des republikanischen Elements der 3. Republik vertreten worden, während von den Befürwortern der Variante mit der Stephanskrone v.a. deren Funktion als Zeichen legitimer Herrschaft über alle Änderungen des politischen Systems hinweg ins Treffen geführt wurde. Die Stephanskrone erscheint als traditionelles Symbol des ungarischen Staates auch im kollektiven Gedächtnis verankert, weshalb sich laut Meinungsumfragen auch etwa 70% der Bevölkerung für diese neue Wappenform aussprachen:<sup>7</sup>

Die Mehrheit entschied für die Stephanskrone, was als Präferenz für die traditionell geprägte Vorkriegsgesellschaft und den Vorkriegsstaat gedeutet (oder teilweise auch mißdeutet) werden konnte.<sup>8</sup>

Diese mit König Stephan, dem Heiligen, verbundene Symbolik kommt auch in einem anderen Bereich, dem der nationalen Feiertage, zum Ausdruck: Mit dem politischen Systemwechsel wurden, in allen ehemaligen Einparteiensstaaten, auch die staatlichen Feiertage neu geregelt. Nach der Abschaffung der sozialistischen Gedenktage, die in Ungarn bereits vor dem Ende des Einparteiensstaates, mit der Verfassungsänderung des Jahres 1989 erfolgte, erklärte die neue Republik zwei Gedenktage zu Feiertagen: den 15. März, zur Erinnerung an die Unabhängigkeit des Landes in der Folge der 1848er Revolution – an diesem Tag hatte sich bereits vor dem Systemwechsel die verbotene demokratische Opposition manifestiert; und den 23. Oktober, den einzigen zeitgenössischen Nationalfeiertag Ungarns mit Bezug auf die Geschichte nach 1945, der an die Revolution des Jahres 1956 ebenso erinnern soll wie an den parlamentarischen Beschluss der geänderten Verfassung, der in Anknüpfung an diese Tradition am 23. Oktober 1990 gefasst wurde.

9 Cf. Kurtan/Liebhart/Pribersky  
1999, pp. 134 u. 148.

10 Vgl. Rivière, Claude: Les liturgies  
politiques. Paris: Pr. Univ. de France  
1988, pp. 75f.

11 Vgl. Hunt, Lynn: Symbole der  
Macht – Macht der Symbole. Die  
Französische Revolution und der  
Entwurf einer politischen Kultur.  
Frankfurt/M.: Fischer 1989.

12 Cf. <http://ludens.elte.hu/Epo-rosz/fonografia/tortenet/>

13 Zum Stehansmythos cf.  
Kurtan/Liebhart/Pribersky 1999,  
pp. 40-46.

14 Cf. <http://ludens.elte.hu/Epo-rosz/fonografia/tortenet/>, p. 13.

15 Cf. Ibid., p. 14.

Diesen, wie auch bereits vorhergehende politische Systemwechsel als Feiertag »überdauert« hat hingegen der Tag des Hl. Stephan, der 20. August – ursprünglich ein katholisches Fest, das bereits 1891 offiziell zu einem arbeitsfreien Tag erklärt wurde. Nach der kommunistischen Machtübernahme wurde der 20. August umgedeutet und als Tag der neuen, sozialistischen Verfassung von 1949 sowie – auf Grund seiner traditionellen Verbindung mit dem Erntedankritual – als »Tag des Neuen Brotes« begangen.<sup>9</sup>

Diese »Substitution« traditioneller, religiöser Feiertage durch das Versehen mit neuen Inhalten war eine der Grundtendenzen sozialistischer Symbol- und Ritualformen,<sup>10</sup> die diese aus den Ansätzen zu einer Säkularisierung der Staatsrituale und -symbole in der Französischen Revolution übernommen hatten.<sup>11</sup> Die Umdeutung des Stephanstags durch die ungarischen Kommunisten in seiner Verbindung mit der Verfassung des Jahres 1949 enthält bereits eine Anspielung auf den säkulären Stephansmythos als erster König der Ungarn und damit Staatsgründer: diese Interpretation, die durch die offizielle Loslösung des 20. August von Stephan I. zunächst tabuisiert war, wurde seit Beginn der sechziger Jahre mit der offiziellen Würdigung seiner historischen Rolle zu einem Teil des mit diesem Feiertag verbundenen Gedenkens.

Die Parallellität dieser Interpretation der Figur Stephan I. im Einparteiensstaat mit der Argumentation für die Festlegung des Staatswappens 1990 – als Symbol der Beständigkeit des ungarischen Staates – kann selbst als Hinweis auf diese Beständigkeit gedeutet werden. Dafür spricht auch, dass die zeitgenössische Mythisierung Stephan I. nicht auf die offizielle Staatssymbolik beschränkt blieb, sondern bereits im Einparteiensstaat zu einem Teil der Populärkultur wurde: mit der Rockoper *König Stephan (István, a király)* (1983) von Levente Szörényi und János Bródy<sup>12</sup> – die bis heute u.a. bei den Sommerfestspielen am Szegeder Domplatz jährlich aufgeführt wird – wurde der Stephans-Mythos zu Beginn der 1980er Jahre erneut popularisiert. Das Bild Stephan I., das in der Rockoper entworfen wird, bleibt nicht auf die – auch damals offiziell anerkannte – säkuläre Rolle Stephans beschränkt, sondern hebt auch die Vollendung der Bekehrung der Ungarn zur römischen Kirche, die ebenfalls auf ihn zurückgeführt wird, als wesentlichen Teil der ungarischen Nationsgründung hervor – eine Verbindung der politischen und religiösen Rolle Stephans, wie sie bereits in den dreissiger Jahren vom Horthy-Regime betont wurde.<sup>13</sup> Die Rockoper versteht diese Verbindung jedoch mit einer neuen Bedeutung, als kulturelle Orientierung Ungarns Richtung Westen: Im Zentrum der Handlung steht – in der Interpretation Bródy's – die Auseinandersetzung um die Führung der magyarischen Stämme zwischen dem heidnischen Fürsten Koppány und István/Stephan, der den Ungarn mit dem Christentum auch den von ihnen »ersehten Fortschritt« bringt.<sup>14</sup> Damit wird der Stephansmythos mit einer doppelten Bedeutung versehen: Zur Rolle des mythischen Staatsgründers tritt mit der (traditionellen) des Religionsstifters, der vor der Wahl zwischen orthodoxen und lateinischen Christentum stand, die Figur eines politischen Führers auf, der Ungarn mit dem Bekenntnis zur römischen Kirche vom Beginn seiner Staatlichkeit an eine »(west-)europäische Identität« verleiht, die als modern und für die Epoche zeitgemäß verstanden wird – weshalb der Stoff aus dieser Verbindung von Tradition und Moderne den Komponisten und Autoren auch als der geeignetste für die erste ungarische Rockoper erschien.<sup>15</sup>

Diese Akzentverschiebung des Stephansmythos bzw. der veränderte Rückgriff auf dessen traditionelle Bedeutung, die seine religiöse Rolle mit einschließt, stieß auf die Kritik der (kultur-)politischen Repräsentanten des Einparteiensstaats: Entsprechend der zu diesem Zeitpunkt in Ungarn aber bereits gängigen Praxis – und wohl auch aufgrund der langjährigen Popularität der Komponisten als Stars der ungarischen Rockmusik seit den 1970er Jahren – wurden Aufführungen und Vervielfältigung (auf Platte und als Film) nicht behindert, und die ablehnende offizielle Haltung mag zur Rezeption des Werks als Teil einer – zwar öffentlich zugelassenen, aber dennoch – Gegenkultur beigetragen haben. Die Rockoper *István, a király* kann wohl als das bedeutendste zeitgenössische Beispiel für die Aktualisierung der Gründungsmythen in der ungarischen Populärkultur gelten – von deren ungebrochener Wirkung man sich durch einen Blick in ungarische Webseiten u.a. anhand der zahlreichen laufenden und geplanten Aufführungen überzeugen kann. Ein Blick ins Internet verdeutlicht auch die Ambivalenz der darin angesprochenen politischen Symbolik, die neben der skizzierten »Modernität« der ungarischen Staatsgründung v.a. die Vereinnahmung dieses Gründungsmythos durch nationale bis rechtsextreme Kreise dokumentiert.

16 Kápitany, Ágnes/Kápitany, Gábor: *Magyarság symbolumok* (Ungarische Symbole). Budapest: Európai Folklor Központ 1999.

17 Ibid., p. 44.

18 Ibid., p. 49f.

19 Die Zeitschrift *Millenniumi Országjáró*.

20 Cf. die diesbezügliche Dokumentation, *Oszlopkokat emeltünk, hogy beszéljék a múltakat* des Nemzeti Kulturális Örökség Miniszterériuma (Denkmäler haben wir errichtet, um unsere Vergangenheit zum Sprechen zu bringen). Ministerium für Nationales Kulturerbe: Budapest 2000.

21 Cf. HVG 33/2001, *Királyi többes* (Königs-Mehrzahl), pp. 69-71.

Im pluralistischen System seit 1990 tritt die »ideologische« Auseinandersetzung um politische Symbole und deren Bedeutung – im Sinne ihrer Zuordnung zu politischen Richtungen – freilich deutlicher an die Öffentlichkeit als im Einparteiensstaat, wie etwa in der bereits erwähnten Diskussion um das Staatswappen. Ein Blick auf die Rezeption dieser Symbole eröffnet deshalb auch Perspektiven auf die Repräsentation politischer Lagerbildungen und ihr Selbstverständnis im Mehrparteiensstaat: Laut einer Umfrage zum nationalen Symbolhaushalt Ungarns werden von den Staatsfeiertagen der 3. Republik die »historischen« Feiertage, also der 15. März (von etwa 50%) und der 20. August (von ca. 38%)<sup>17</sup> als die bedeutendsten angesehen. In derselben Umfrage des Jahres 1997 wurde auch die Frage nach dem adäquaten Nationalwappen wieder gestellt: Erstaunlicherweise scheint die Zustimmung zum offiziellen Staatswappen seit dessen Einführung nicht gewachsen und betrug unverändert etwa 70%, während 12% immer noch das *Kossuth-Wappen* und immerhin 10% das Wappen der *Kádár-Ära* für das geeignete Staatssymbol hielten. Vor allem die letzteren Ergebnisse können als Hinweis darauf gelesen werden, dass die Auswahl der Symbole mit der Bedeutung politischer Traditionen für die aktuelle politische Kultur verbunden wird – den beiden »Minderheiten«, die am *Kossuth-* bzw. am *Kádár-Wappen* festhalten, also der damit verbundene Ausdruck einer republikanischen Einstellung bzw. die vergangene Epoche als signifikantere Zeichen für die bzw. ihre aktuelle Orientierung als die Stephanskrone erscheinen.<sup>18</sup>

Das, außer in der zitierten Umfragen, noch in vielen anderen Bereichen zum Ausdruck gebrachte, besonders deutliche populäre Geschichtsbewusstsein in Ungarn wird seit 1990 v.a. von konservativen Politikern zur Image-Konstruktion des Landes ebenso wie ihrer eigenen öffentlichen Rolle aufgegriffen. In Anknüpfung an die erste Regierung der 3. Republik (1990-1994), die konservative Koalition unter Premierminister Antall – der in der ungarischen Öffentlichkeit auch ironisch als »oberster Geschichtslehrer« bezeichnet wurde – hat die von 1998 bis 2002 regierende, laut eigener Definition »nationalliberale« Koalition, eine noch umfassendere Gedächtnispolitik betrieben: Diese umfasst etwa den Neubau des Nationaltheaters in einem »nationalen Stil« ebenso wie die staatliche Finanzierung einer Reihe von Historienfilmen zu Mythen und Persönlichkeiten der ungarischen Geschichte – etwa König Stephans Vater Árpád oder István Széchenyi, den Reformers des 19. Jahrhunderts – und macht letzteren etwa auch zum Namenspatron eines derzeit (unter der Bezeichnung *Széchenyi Terv*) laufenden Infrastruktur- und Wirtschaftsmodernisierungsprogramms.

Die politische Symbolik der Stephanskrone – und der Figur Stephan I. – wurde von der offiziellen Gedächtnispolitik der Regierungskoalition ins Zentrum der politischen Symbolik gestellt: Anlass dazu bot das Millennium der ungarischen Staatsgründung, die auf das Jahr 1000 datiert wird. Die Millenniumsfeiern, die von der Regierung aus diesem Anlass organisiert wurden, stehen in deren Verständnis auch im Gegensatz zu den vorangegangenen *Milleniumsfestivals* des Jahres 1995 – im Gedenken der mythischen »Landnahme« der Ungarn, der Ansiedlung der magyarischen Stämme im Karpatenbecken – die von der in diesem Zeitraum (1994-1998) regierenden sozial-liberalen Koalition aus (den aus dem Reformflügel der Staatspartei gegründeten Nachfolgepartei der) Sozialdemokraten und den bereits erwähnten Liberalen organisiert wurden. Die bewusste Sparsamkeit des finanziellen Rahmens der 1995 durchgeführten Veranstaltungen, v.a. auch die ökonomisch motivierte Absage der für dieses Jahr geplanten *Expo* in Budapest (ursprünglich Teil der geplanten *Expo Wien-Budapest*) durch die damalige Regierungskoalition stieß auf die Kritik des konservativen Lagers, dem das Millennium der Staatsgründung einen willkommenen Anlass zur demonstrativen Inszenierung nationaler Symbolik bot.

Auch die in einer zweimonatlichen Zeitschrift erschienene, kostenlos an alle Haushalte versandte, offizielle Dokumentation der Millenniumsfeiern<sup>19</sup> lässt das Ausmaß und die Vielzahl der – etwa über die Dauer eines Jahres verteilten – Aktivitäten nur erahnen, die auf lokaler ebenso wie auf gesamtstaatlicher Ebene öffentlich finanziert bzw. unterstützt und durchgeführt wurden, und die von zahllosen Übergaben eigens dafür gestalteter Millenniumsfahnen über Denkmalschutzvorhaben<sup>20</sup> bis zu einer langen Reihe von, über das ganze Land verteilten, neuen Denkmälern reichen – deren mit Abstand beliebtestes Motiv die Darstellung König Stephans ist.<sup>21</sup>

Über diese bloße Repräsentation des Staates in zahllosen Gedächtnisorten, -symbolen und -feiern hinaus, die von einem eigens dafür bestellten Regierungsbeauftragten koordiniert werden sollten – und über deren Geschmack und Kosten in der öffentlichen Diskussion gestritten wurde – versuchte die Regierung durch eine Reihe, auch gesetzlicher Maßnahmen,

22 Dieser Kronwächterrat wird von den jeweils amtierenden Präsidenten des Staates, des Parlaments, des Verfassungsgerichts und der Akademie der Wissenschaften sowie dem Ministerpräsidenten gebildet.

Cf. dazu und zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Stephanskronen: Miniszterelnöki Hivatal Országimázs Központja, Magyarország mindannyiunké, a Milleniumi Év megnyitása (Ungarn. Unser Millennium und die Feier des Millenniums). Budapest: 2000 und HVG 51-52/2000, A millennium ünneplése, p. 99.

23 Cf. HVG 31/2001, pp. 69-71.

24 Kápitány/Kápitány 1999, p. 162.

25 Cf. HVG 31/2001, pp. 69-71.

26 Cf. Mény, Yves/Surel, Yves: Par le peuple, pour le peuple. Paris 2000, p. 204f.

27 Cf. Gerö, András/Varga, László/Vince, Mátyás: Antiszemita közbeszéd Magyarországon 2000ben (Öffentlicher Antisemitismus in Ungarn im Jahre 2000). Budapest: B'nai B'rith Budapest Lodge 2001.

die Symbolik der mythischen Staatgründung in die aktuelle politische Repräsentation zu integrieren: In deren Mittelpunkt stand die feierliche Überführung der Stephanskronen von ihrem bisherigen Aufbewahrungsort im Nationalmuseum in das Ungarische Parlament – wo sie seither ausgestellt wird – und die gesetzliche Einrichtung eines symbolischen Kronwächterrates aus den Spitzenrepräsentanten der Republik.<sup>22</sup> Das ursprüngliche Vorhaben der Regierungskoalition, die Krone in die Verfassung aufzunehmen, scheiterte aufgrund der dazu nötigen Verfassungsmehrheit im Parlament am Widerstand der sozial-liberalen Oppositionsparteien, die dies als mit einer republikanischen Verfassung unvereinbar ansahen. Über diese Aufnahme der Krone in die aktuelle Staatssymbolik hinaus wurde auch die Verbindung der staatlichen Gründungsmythologie Stephan I. mit seiner religiösen Rolle von der Regierungspolitik wieder aufgegriffen: In einer staatlichen Zeremonie am Stephanstag, der Begegnung der »Heiligen Krone« Stephans mit seiner »Heiligen Rechten« – einer in der Budapester Basilika aufbewahrten Reliquie des ersten ungarischen Königs – im Parlament und im (ebenfalls am Widerstand der sozial-liberalen Opposition gescheiterten) Vorschlag des Regierungsbeauftragten für die Millenniumsfeiern, die geltende ungarische Verfassung im Gedenkjahr zugunsten einer Verbindung von Staat und (katholischer) Kirche symbolisch außer Kraft zu setzen.<sup>23</sup>

In der Konstruktion der ungarischen Staatssymbolik seit dem Systemwechsel wird der Stephanskronen offenbar eine zentrale Rolle in der politischen Repräsentation zugeordnet. Zuletzt wurde ihr auch die Funktion eines – ohne dem Wappen außerhalb der Legalität verwendeten – Staatssymbols am Deckel der, seit Beginn des Jahres (2002) aufgrund des (umstrittenen) sogenannten ungarischen Statusgesetzes ausgestellten Nationalitätenausweise für die außerhalb des Staatsgebiets lebenden ungarischen Minderheitenangehörigen in den Nachbarländern zugeordnet.

Die Mythologie, mit der die Stephanskronen in der politischen Repräsentation versehen wird, mag dabei – besonders im Blick auf die oben erwähnten Staatszeremonien – antiquiert und als Zitat des Zeremoniells des Horthy-Ungarns der Zwischenkriegszeit – eines »Königreichs ohne König« – erscheinen: mit allen undemokratischen Assoziationen, die damit zurecht verbunden und von Kritikern dieser Gedächtnispolitik ins Treffen geführt werden.<sup>24</sup> Manches spricht dafür, dass die »national-konservative« Fidesz-Koalition diesen Deutungszusammenhang bewusst angesprochen hat, zumindest auf der symbolischen Ebene: Etwa die Restaurierung des Sándor-Palais – Sitz der Ministerpräsidenten dieser Epoche – als neuer Sitz des Präsidenten, der am »15. März« des Jahres (2002) fertiggestellt wurde.<sup>25</sup>

Dieser Versuch, historische Symbole und die damit verbundenen Geschichtsmythen für die (Re)Präsentation aktueller politischer Positionen zu verwenden, eröffnet am Beispiel der Stephanskronen einen zweifachen, ambivalenten Deutungszusammenhang. Im Aufgreifen dieses traditionellen und populären Symbols zur Darstellung eines Begriffs von »Nation« bzw. Staat und »Bevölkerung« – den die Krone als Staatssymbol und als Zeichen der Christianisierung der gesamten Bevölkerung durch Stephan I. darstellt – lässt sich die Gedächtnispolitik der Fidesz-Regierung einerseits den Charakteristika des europäischen Rechtspopulismus zuordnen, der diese Symbolik nationaler Einheit an die Stelle eines Politikverständnisses als Wettbewerb von Interessengegensätzen zu setzen versucht.<sup>26</sup> Einem Rechtspopulismus, der auch in anderen Elementen der politischen Rhetorik des Regierungslagers zum Ausdruck kommt: Vor allem auch am Beispiel einer diskursiven Abgrenzung dieses nationalen »Wir« von »Sie«-Gruppen innerhalb der Bevölkerung, die latent bis offenkundig v.a. durch die jüdische Bevölkerung Ungarns repräsentiert werden – einer Abgrenzung, die im politischen Diskurs unter der Wiederaufnahme der Diskussion einer historisch sogenannten ungarischen »Judenfrage« in Erscheinung tritt.<sup>27</sup>

Andererseits wird mit derselben Symbolik versucht, eine Modernisierungspolitik zu (re)präsentieren, die etwa in der historischen »Modernität« Stephans I. als dem Westen des Kontinents zugewandter Staatsgründer zum Ausdruck kommen soll – ebenso wie etwa in einer Wiederaufnahme der, als der Modernisierer Ungarns des 19. Jahrhunderts verstandenen Figur István Széchenyis in die aktuelle politische Symbolik. Dieser Modernisierungsaspekt wird mit den zeitgenössischen Verwestlichungstendenzen symbolisch gleichgesetzt und dient damit einer Legitimation der aktuellen politischen Entwicklungen von Nato- bis EU-Beitritt als sozusagen nationales Erbe. In diesem Zusammenhang scheint sich die prominente Rolle von Stephanskronen und dem Staatsgründer Stephan I. unter den politischen Symbolen der 3. Re-



<sup>28</sup> Vajda, Mihály: Orosz Szocializmus Közép-Európában (Russischer Sozialismus in Mitteleuropa). Budapest: Osiris 1989, pp. 134f.

publik seit 1990 aus der Repräsentation einer traditionellen Verbindung von Nation und Europa in einem Symbol zu ergeben.

Mit dem darin angesprochenen Modell eines »Europa der Nationen« wird in der Gleichsetzung von Nation und Staat ein Politikverständnis angesprochen, das tatsächlich an Traditionen der Horthy-Ära anzuknüpfen scheint: Im Rückblick auf das untergehende »sowjetische Imperium« in Ost-Mitteleuropa hat der ungarische Sozialphilosoph Mihály Vajda bereits 1989 auf die Möglichkeit des Wiederauflebens eines traditionellen, paternalistischen Staatsverständnisses hingewiesen,<sup>28</sup> aus dem sich ein – auch über die ehemaligen Blockgrenzen in der Region nicht unvertrautes – Modell einer »Modernisierung von oben« ergibt. Eine Lektüre der erneuerten politischen Tradition der Stephanskronen in Ungarn verweist auf diesen konservativen Modernisierungsbegriff als Deutung der laufenden »Verwestlichungs-« und »Europäisierungsprozesse« – eine Bedeutung, die dem »westeuropäischen« Verständnis dieser Prozesse entgegenstehen dürfte.



---

**Andreas Pribersky, Dr.** Jahrgang 1957, Wissenschaftlicher Beamter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: EU-Erweiterung, Politische Kulturen und Politische Anthropologie, Symbole und Rituale des Politischen.  
Kontakt: andreas.pribersky@univie.ac.at